

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 12. Juli 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald O. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Noolbaer, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 12. Juli. Gestern Abend 8 Uhr 35 Minuten ist der russische Thronfolger aus der in der Nähe des neuen Palais gelegenen Station Wildpark eingetroffen und von dem Kaiser empfangen worden. Auf dem Bahnhofe hatten sich am Kaiser-Bahnhof nur wenige hohe Persönlichkeiten eingefunden. Außer den Herren der russischen Hofgesellschaft, an ihrer Spitze Hofkammer-Graf Schadow, waren Prinz Mar von Baden, einige Generale der Gardeinfanterie Potsdam und Berlin anwesend. Der Kaiser erschien in der Uniform seines russischen Infanterie-Regiments Wyborg in Begleitung des kaiserlichen Adjutanten Kapitän zur See Freiherrn von Soden-Bibray. Punkt 8 Uhr 35 Minuten vollte der kaiserliche Sonderzug, der aus sechs Wagen bestand, in die Station ein. Der Großfürst-Thronfolger, in der Uniform seines preussischen Infanterie-Regiments, begrüßte Kaiser Wilhelm auf das Herzlichste. Die Kaiserin umarmte und küßte sich wiederholt und begab sich in offenem zweispännigen Wagen zum neuen Palais. Hier war vor dem Schlosse das Lehr-Infanterie-Bataillon aufgestellt, dessen Front Kaiser Wilhelm und sein Gast unter den Klängen der russischen Nationalhymne abschritten. Alsdann begrüßte der Großfürst-Thronfolger die Kaiserin und die beiden ältesten Prinzen, die an der Kampe erschienen waren. Der Großfürst führte die Kaiserin nach dem Wuschelsaale, wo ein Souper zu 28 Personen stattfand, zu welchem die Regimentskapelle des Alexander-Regiments die Tafelmusik stellte. Gegen 10 Uhr 20 Minuten verabschiedete sich der Thronfolger und fuhr, von dem Kaiser begleitet, nach der Station Wildpark zurück. Um 10 Uhr 40 Minuten traf der Sonderzug des Großfürsten auf dem Potsdamer Bahnhofe in Berlin ein. Von da aus wurde der Train nach dem Stadtbahnhof geleitet und hier hielt er nun auf Bahnhof Friedrichstraße, wo sich das Offizierskorps des Kaiser Alexander-Grenadier-Regiments zur Begrüßung eingefunden hatte. Der Thronfolger reist direkt nach Petersburg.

Von dem Oberpräsidenten einer der westlichen Provinzen ist an den Minister der öffentlichen Arbeiten der Antrag gerichtet worden, es möchten in Folge der Einführung der mitteleuropäischen Zeit als Einheitszeit die für die Beförderung von Schülern bestimmten Kolonialzüge entsprechend verlegt oder neue Kolonialzüge für den Schulbesuch eingelegt werden. Wie der Minister hierauf erwidert, sind die künftigen Eisenbahndirektionen bereits durch Erlass vom 9. November v. J. angewiesen worden, in Vereinem mit den Lokalbehörden der größeren Orte zu prüfen, ob und welche Veränderungen des Fahrplans der Kolonialzüge notwendig seien, um denselben mit den Anforderungen des lokalen Verkehrs thunlichst in Einklang zu bringen. Nach den von den künftigen Eisenbahndirektionen hierüber erstatteten Berichten sind von den betreffenden Ortsbehörden vor der Einführung der Einheitszeit am 1. April d. J. bestimmte Anträge nur theilweise gestellt worden. Soweit jedoch bestimmte Anträge vorliegen und soweit es irgend angänglich war, denselben zu entsprechen, sind die Fahrpläne der betreffenden Züge am 1. April beziehungsweise vom 1. Mai d. J. ab geändert worden; auch den seitdem laut gewordenen und den noch bevorstehenden Wünschen wird, soweit irgend thunlich, bei Aufstellung der Fahrpläne Rechnung getragen werden.

Die Ober-Präsidenten sind ersucht worden, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß in denjenigen Fällen, in welchen der Fahrplan der Eisenbahnzüge wegen anderweitiger Rücksichten nicht geändert werden kann, die Einrichtungen des bürgerlichen Lebens, soweit es irgend angänglich, mit dem Fahrplan der Eisenbahnzüge in Einklang gesetzt werden.

Auf seinem Gute Selens bei Kulm ist, wie schon berichtet, der frühere Oberbürgermeister von Danzig, Leopold von Winter, seinem langen schweren Leiden erlegen. Mit ihm ist einer der verdienstvollsten Beamten der älteren Generation dahingegangen, ein Mann, der sich stets die Selbstständigkeit des Urtheils bewahrt und das, was er einmal als richtig und nützlich erkannt hatte, auch mit aller Energie durchzuführen verstand. Die Stadt Danzig verlor ihm namentlich auch im Gebiete des Gesundheitswesens zahlreiche vortreffliche Einrichtungen, der allen Dingen die Kanalisation, die so wesentlich dazu beigetragen hat, die sanitären Verhältnisse der Stadt zu verbessern. Es ist die erste dieser Art, die in Deutschland entstand und Winter hatte die Vorurtheile und manchen Widerspruch zu besiegen, ehe er den von dem Geheimen Rath Wiebe entworfenen Plan zur Durchführung bringen konnte. Die Danziger Kanalisation war das Vorbild der weit umfänglicheren Berliner und anderer Anlagen.

Leopold von Winter wurde am 30. Januar 1823 in Schwab in Westpreußen geboren und widmete sich der Laufbahn der Verwaltungsbemten. Als nach dem Sturze des Ministeriums Mantuffel-Westphalen der damalige Polizeipräsident von Berlin, Freiherr von Redig und Neufeld, zur Disposition gestellt wurde, wurde Winter mit der kommissarischen Verwaltung des Berliner Polizeipräsidiums betraut, dem Minister des Innern Grafen Schwerin gelang es aber nicht, die definitive Ernennung durchzusetzen, und als 1862 das liberale Ministerium seinen Abschied nahm, waren auch seine Tage gezählt. Da wählten ihn die Stadtverordneten von Danzig zum ersten Bürgermeister und am 1. Januar 1863 trat er das Amt an, das er ununterbrochen versah, bis ihn im Herbst 1890 sein Gesundheitszustand zwang, in den Ruhestand zu treten. Winter erwarb sich stets der Zuneigung des Kronprinzen und späteren Kaisers Friedrich; ihm gegenüber äußerte der Kronprinz 1863 nach Erlass der Reformvorschriften seine Mißbilligung über das Mißtrauen, worauf er sofort die eben begonnene Inspektionsreise abbrechen und nach Berlin zurückkehren mußte. In das Herrenhaus wurde Winter, obwohl er lange vorher schon präsentirt war, erst 1872 berufen, als man in der ersten Kammer liberale Männer brauchte. Bis dahin war seine Verfassung auf Widerstand gewesen, obwohl er als Politiker gemäßigten Aussehens und trotz, als er 1871 vom Wahlkreise Stuhm-Mariemünde in den Reichstag gewählt war, sich der national-liberalen Fraktion angeschlossen hatte. Er vertrat diesen Wahlkreis bis 1878. Aus dem Herrenhause schied er, als er sein städtisches Amt niederlegte. Gleichzeitig trat er auch aus der Provinzialverwaltung aus, in der er seit Errich-

tung der Provinz Westpreußen als Vorsitzender des Provinzialausschusses fungirt hatte, zur Mitgliedschaft der Verwaltungskommission für die westpreussischen Wäsen in Danzig, die er mitbegründet hatte, blieb er bis zu sein Lebensende.

Das österreichische „Arbeiter-Zeitung“ bringt die Mitteilung, daß der Kaiser Franz Josef den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen zum Oberstinhaber des 2. Husaren-Regiments ernannt hat.

Die sächsische Regierung hat durch Bestellung größerer Mengen von Kraftuntermitteln die Förderung der Eisenbahn-Verkehrs-Entwicklung zunächst gedeckt werden kann. Es wurde dagegen für unthunlich befunden, eine baare Unterstützung an die durch den Futtermangel in Noth gerathenen Viehhändler zu gewähren.

Der Wunderrath erstellte in seiner gestrigen Plenarsitzung dem Nachtragsetz zu dem Reichshaushalt für 1893-94 seine Zustimmung und überwies den Antrag Baeis betreffend Maßnahmen zur Verringerung des Futtermangels für den Betrieb landwirtschaftlicher Betriebe, sowie die Vorlage für Erlass-Vorbringen über die Erhöhung der Weinsteuern für Feigen-, Johannisbeeren- und Tamarindenwein an die zuständigen Ausschüsse.

Die Angelegenheit des Straßburger Polizeipräsidenten wird morgen (Donnerstag) auf sozialdemokratische Interpellation zur Verhandlung im Reichstag kommen. Da die Sozialdemokraten von der Sache höchstens in zweiter Linie berührt sind, werden die eigentlichen Wähler wohl im Zentrum sitzen. Es wird sich voraussichtlich zeigen, daß die Sache maßlos übertrieben und entzweit ist. Verschimpfende und rohe Ausdrücke, wie sie Herrn Reichert zugeschrieben werden, wären freilich nicht zu billigen. In der Sache aber kann man ihm wohl recht geben. Diese ultramontane-protestantischen Vereine, über die er sich in so kräftiger Weise geäußert haben soll, und die in der That nichts als landesverräterische Umtriebe bezwecken, müssen nach Jung und Recht aufgelöst und in ihrer Wirksamkeit möglichst gehindert werden. Und wenn einem Manne, der für die Sicherheit des Landes an seiner Stelle verantwortlich ist, einmal ein kräftiges bajawarisches Wortlein entfällt, so ist das menschlich sehr wohl begreiflich. Wenn man überall in den Reichsländern, wo hoch- und landesverräterische Umtriebe gegen das Reich geübt werden, die ultramontane, meist sogar priesterliche Anführung und leitende Hand erblickt, so kann einem das Herz wohl überlaufen. Hoffentlich wird man Herrn Bebel mit seiner zarten Empfindsamkeit für die ultramontanen Landesverräter und Räntschmiede im Elsaß bald absetzen lassen.

Aus Schleswig-Holstein, 10. Juli. Zwischen Deutschland und Dänemark herrscht eine Art von Viehzollkrieg, der nur für einige Monate unterbrochen, jetzt wieder zur vollen Sperrung geführt hat. Im April gestattete die Schleswiger Regierung die Einfuhr von jütischem Magervieh nach Tönning, aber seit heute ist auch diese Einfuhr nicht mehr gestattet. Im Laufe dieser letzten Monate sind gegen 7000 Stück Magervieh von Jütland nach Tönning eingeführt, im Vergleich mit früheren Jahren ein sehr kleines Quantum. Die Einfuhr von jütischem Vieh nach England ist unterbunden und der Abzug nach dem Inland bietet dafür keinen ausreichenden Ersatz. Es kommt allerdings auch der Umstand in Betracht, daß in der Provinz selbst ein ziemlich reichliches Angebot von Magervieh vorhanden ist; der Viehstand an Rindern hat sich im Laufe der letzten 10 Jahre von 727 505 auf 822 015 Stück erhöht, während die Ausfuhr zurückgegangen ist. Zu demselben Verhältnis hat sich auch die Einfuhr von dänischem Vieh vermindert. Die vollkommene Aussperre trifft die dänische Landwirtschaft sehr schwer, die gerade in den letzten Wochen mit der Hoffnung getragen hat, daß es gelingen werde, den deutschen Markt für dänisches Vieh wieder geöffnet zu erhalten. Daran ist aber selbstverständlich nur dann zu denken, wenn Dänemark seinerseits die Sperrung gegen deutsches Vieh aufhebt. Praktisch hat diese Sperrung für uns allerdings sehr wenig Bedeutung, Dänemark glaubte durch eine Abwehrmaßnahme sich den englischen Markt offen halten zu können, aber es unterschätzte die Gefahr, die für dänische Landwirtschaft in der Schließung des deutschen Marktes lag. Der dänisch-deutsche Viehzollkrieg schädigt wichtige Interessen beider Länder. Etwas regulirend wirkt die Möglichkeit der Einfuhr dänischen Viehs auf die Preisbildung, und im Interesse einer gesunden Volksernährung ist es erwünscht. Auch für Handel und Schifffahrt ist es nicht gleichgültig, ob der Viehverkehr zwischen dänischen und holländischen Häfen sich ungehindert vollziehen darf.

Straßburg im Elsaß, 11. Juli. Aus verschiedenen Vorgängen in den Reichsländern, besonders aus der Auflösung des Reichsausschusses und der Ausrückung des Bürgermeisters Spies in Schlesien, war das Gerücht von angeblichen Veränderungen der Politik im Reichslande aufgestiegen. Dazu bemerkt die „Straßb. Post“, daß eine grundsätzliche Aenderung nicht zu erwarten stehe. „Welchen Grund, heißt es weiter, sollte die Reichsregierung haben, solch einen Schritt zu thun? Die diesmaligen Wahlen im Reichslande bedeuten einen unumkehrbaren Fortschritt gegen alle früheren, wobei Bebel's Sieg in Straßburg wirklich nur eine untergeordnete Bedeutung hat, insofern nämlich, als jetzt auch die Reichsländer hauptsächlich einem Schicksal verfallen ist, das, wie es scheint, allen großen deutschen Städten bevorsteht, bis die naturgemäße Reaktion gegen die sozialdemokratische Bewegung eintreten wird. Unter diesen Umständen hat die Reichsregierung nicht den geringsten Anlaß, von einer Politik abzugehen, die ihr Erfolge gebracht hat. Noch weniger die Landesverwaltung von Elsaß-Vorbringen. Fürst Leopold von Hohenzollern hat, seitdem er die Statthaltertschaft übernommen, hier stets nur eine einzige Politik verfolgt, diejenige, welche der Fürst Bismarck einst mit den Worten bezeichnete: Ruhe und Geduld haben; kein Zwieseltreiben; sich mehr der ruhigen Beobachtung des Wachstums der Pflanze hingeben, als dem Bedürfnis, daran zu modeln und zu schneiden. Dieser Politik der ruhigen Stetigkeit verdankt der Statthalter die Erfolge, welche n. a. jetzt bei den Wahlen in einer für ihn persönlich überaus schmerzhaften Weise hervorgetreten sind. Wie sollte er also auf den Gedanken kommen, diese Politik zu ändern?“

Niederlande.

Asterdam, 10. Juli. Der Justizminister hat an die Oberstaatsanwälte bei den Provinzialgerichten die Anweisung gegeben, dessen Inhalt auch jenseits der niederländischen Grenzen bekannt zu werden verdient und den maßgebenden Stellen zur Nachahmung empfohlen werden kann. Der Justizminister führt aus, daß es in der letzten Zeit sehr häufig vorgekommen sei, daß von d. n. Staatsanwälten Anklagen gegen Ausländerinnen und Thaten der unbedeutendsten Art erhoben worden seien, durch welche die öffentliche Ruhe in keiner Weise gefährdet worden sei, weshalb auch in den meisten Fällen Freisprechung der Beschuldigten erfolgen mußte. Ein derartiges Vorgehen sei aber nicht danach angehen, das Ansehen der Gerichte in den Augen der öffentlichen Meinung zu heben, und statt daß die allgemeine Sicherheit dadurch gefördert werde, entsetze dadurch nur unnötige Erbitterung, ganz abgesehen davon, daß die mit Arbeiten ohnedies überladenen Richter ihrem eigentlichen Berufe dadurch entzogen würden. Deshalb wünscht der Minister, daß in Zukunft in solchen Fällen, wo es sich mehr um persönliche Rache handelt, als um ein allgemeines öffentliches Interesse handle, und wo weit mehr eine einschüchternde Handlung, als eine strafbare That vorliege, eine Anklage unterbleibe. Dieser Erlass hat hier allerdings einen außerordentlich günstigen Eindruck gemacht, namentlich da dadurch der Sozialdemokraten die schöne Gelegenheit abgeschnitten wird, sich auf wohlfeile Weise das Wörtchen zu erwehren.

Die Wahl in Dordrecht hat wieder einmal gezeigt, wie tief der Riß ist, der die ultramontane Partei scheidet. Im ersten Wahlgang war von den Ultramontanen der reaktionäre Führung ein Protestant, der frühere Minister des Innern, Jonker Harfen, der Ordensminister und Verdrer der Kavaifrage, aufgestellt worden, weil er ein eifriger Gegner des allgemeinen Wahlrechts war, aber er wurde bereits im ersten Wahlgange bei Seite geschoben und ein Anhänger Schipmans, Dr. jur. Vorret, ging aus der Stichwahl als Sieger hervor. Es ist dies derselbe, der seiner Zeit von seinen ultramontanen Gefolgsgenossen aus der zweiten Kammer verdrängt worden war, weil er es gewagt hatte, sich offen für den Vergangenen Militärgeheimrat mit der persönlichen Dienstpflicht zu erklären. Dabei mag noch auf die eines heiteren Charakters nicht entbehrende Tatsache hingewiesen werden, daß diese konservativ-ultramontane Richtung mit ihren Sympathien vollständig auf Seiten Liebers und seiner Anhänger steht, während sie im eigenen Lande für die gleiche von Schipman vertretene Partei kaum genug Worte des Hasses und der Abscheu finden kann.

Frankreich.

Paris, 10. Juli. Die Pariser Unruhen sind oder scheinen wenigstens beendet. Die Polizei und noch mehr die Truppen werden immer ausreichen, um ein solches Ergebnis zu erzielen, wenn die Regierung fruchtlos und energisch ist und bleibt. Das war glücklicherweise diesmal der Fall. Die Kasseförrer, den Studenten an bis zu den gefährlichsten Revolutionären, hatten große Hoffnungen im Saal. Jetzt vertrauen sie sich mit einer „Reform der Polizei“. Es ist freilich auch davon die Rede, am 14. Juli eine neue Kundgebung zu veranstalten; aber damit dürfte es den Mauthelken kaum ernst sein. Am bedenklichsten wäre, ich hob das schon gestern hervor, ein allgemeiner Ausbruch, der aber unwahrscheinlich ist. Wenn er nicht zu Stande kommt, so werden die sozialistischen Deputirten, die Baschi, Zoude, Vaguer, Baudin und wie sie sonst noch heißen, freilich nicht für dies negative Ergebnis verantwortlich zu machen sein. Sie sind zu Treibereien in ihre Wahlkreise gerufen, und nach allen Richtungen der Windrose ist d. R. Weibel gegeben, den allgemeinen Ausbruch zu inficieren, der, beifällig bemerkt, nicht einmal in hinreichender Weise vorbereitet ist. Die Herren haben schwerlich den Einfluß, den sie sich zuschreiben, und dürfen sich abermals täuschen lassen.

Der „Figaro“ erbt durch die wenig berufenen Red. von Jacques St. Ger. Neuchâtel Einbruch dagegen, daß sich der deutsche Reichstag fortwährend in unzureichender Weise mit den französischen Zuständen beschäftige. Am französischen Parlament sei man viel thätiger. Selbst Bebel findet keine Gnade vor seinen Augen. Nur Richters Ausführungen finden hier ungetheilten Beifall. Man lächelt freilich im geheimen über die Behauptung dieses selbstsamen Politikers, daß die französische Regierung nicht durch den ersten besten kriegerischen General n. s. w. gestützt werden könne. Und Deulange? War der nicht der erste beste General, der mit etwas mehr Energie leicht zum Kaiser Frankreichs hätte werden können?

Paris, 10. Juli. Eine neue, Deutschland betreffende „Figaro-Fantaisie“ macht hier kein geringes Aufsehen und wird natürlich für baare Münze genommen; bei Ihnen wird dies nicht anders sein, aber doch werden Sie sich nach der Aeußere des beiseigend im Anzuge mitgetheilten Artikels nicht entfallen können, zu sagen: Si non e vero, bene trovato!

Für den aufmerksamen Beobachter besteht gar kein Zweifel darüber, daß — ohne jede optimistische Auffassung der Dinge — seit den letzten Jahren eine vollständige Veränderung in Art und Weise, in Frankreich die eifrigste lothringische Frage zu beurtheilen, eingetreten ist. Es ist wohl kaum nöthig zu betonen, daß von diesem Wechsel keine wie Drouleue und Cassagnac nicht ergriffen worden sind; wohl aber hat sich in der Welt der gebildeten republikanischen Politiker und bei Wählern von der Art des „Figaro“ oder noch mehr des „Journal des Debats“ eine weit ruhigere Auffassung der genannten Dinge Platz genommen. Schon vor 3 Jahren hat der „Figaro“ einen — und seither mehrere Artikel über die eifrigste lothringische Frage gebracht, in welchen die Lösung dieser Frage als in nahez Zukunft bevorstehend erklärt wurde und wobei natürlich Frankreich stets seine beiden ihm im Jahre 1871 abgenommenen Provinzen wieder zurückhalten sollte.

In dem heutigen Figaro-Artikel wird nun der Begegnung weniger trauig gespaunt und davon get, daß Elsaß bei Deutschland bleiben, die Lothringen dagegen an Frankreich zurückgegeben werden sollte.

Als Urheber dieses Planes wird kein Geringerer als Kaiser Wilhelm II. selbst bezeichnet. — Doch kommen wir auf den mit „Syna“ gezeichneten Artikel des genannten Blattes selbst.

Nach einer rückhaltlosen Anerkennung der hohen geistigen Fähigkeiten und Herrschergaben des deutschen Kaisers hilft der „Figaro“ bei der Feier von Mandsweiler-Bablonville an, bei welcher zum ersten Mal seit 22 Jahren französische und deutsche Truppen sich gegenüberstanden, dieselbe als den „Prolog des historischen Dramas, welches sich vorbereitet“ — bezeichnet.

Die Freiheitlichkeit war — so heißt es in dem Artikel — bis ins kleinste Detail vom kaiserlichen Kabinett im Voraus geregelt worden; jedes Wort der Ansprache des Oberst Schwarzkopf von der deutschen Delegation an den General Sautant war auf die Waagschale gelegt worden, bevor der französische Text endgültig feststand. Die Zeremonie war nur ein geschickt benutzter Vorwand, um die bisher durch einen Strom Blutes getrennten feindlichen Truppen auf einem Terrain gegenüber zu stellen, wo die ganz außerordentliche Höflichkeit des Siegers eine Verhöhnung des Besiegten und die Vorbereitung einer Aera der Versöhnung, und alles in allem die Möglichkeit der Verwirklichung eines im Geiste des jungen Kaisers längst gereiften Planes herbeiführen mußte. . . .

Nun kommt ein Passus, worin der „Figaro“ die Weltlichkeit besonders stark mit seinen eigenen Wünschen verwechselt. Von Kaiser Wilhelm II. sprechend, sagt nämlich das Blatt:

„Er hat schnell begriffen, welche Gefahr ein Defensiv-Allianz zwischen Frankreich und Rußland in Kompilation mit den inneren Gefahren des immer fähiger sein Haupt erhebenden Sozialismus für die Monarchie sein kann; andererseits konnte es ihm nicht lange verbergen bleiben, daß die Streitkräfte von Oesterreich und Italien nicht die wünschenswerthe Sicherheit bieten könnten und daß die Banden der Trippellianz naturgemäß immer lockerer werden würden.“ — n. s. w. Angesichts dieser Zustände beschloß Kaiser Wilhelm II. einen großen Schlag zu thun. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die fortwährend steigenden Militärausgaben bei den Bundesfürsten nach und nach Bedenken erregen würden und daß diesem auf die Länge vererblichen Zustand der Dinge ein Ziel gesetzt werden müsse, machte der Kaiser vor der Frage der allgemeinen Abrüstung Halt.

Um nun diese Frage bestimmen formulieren zu können — (der „Figaro“ muß jetzt nämlich die Angelegenheit der Militärvorlage, welche vorwiegend schlecht zu der Abrüstung paßt, mit dem angeblichen Plan Kaiser Wilhelms II. im Einklang zu bringen suchen, und thut dies auch, wie man sehen wird, mit einer verblüffenden Routine) — war es für das Prestige unumgänglich, daß die Banden des Dreibundes wieder enger wurden, besonders aber, daß die Militärvorlage angenommen wird, so daß er mit dem Zweig in der einen und dem Schwert in der andern Hand seine Vorschläge machen kann.

In dieser angeblichen Absicht sieht der „Figaro“ die Reisen des Kaisers nach Wien und Rom, wo der ganze Plan der vollständigen Abrüstung, der Abtretung Lothringens an Frankreich besprochen wurde.

Diese und noch andere schöne Sachen erzählt der „Figaro“ und findet jenseits der Vogesen Glauben; diesseits derselben wohl weniger, trotz der Versicherung, seine Informationen kämen aus einer „source absolument pure“.

Paris, 10. Juli. Ueber Nacht wie sie gekommen war, ist die Ministerliste auch wieder verschwunden. Ihr einziges Ergebnis bleibt, daß Herr Koe, der vielgeschmähte Polizeipräsident, den Radikalen geopfert wird und wahrscheinlich als Entschädigung den Münchener Gefangenentopfen erhält. Daß die von Herrn Dupuy an den Tag gelegte Festigkeit des Kabinet die Feindschaft der Radikalen zugezogen habe, daß dadurch die Stellung der radikalen Minister Peytral, Terrier, Vigier und Biette eine äußerst schwierige geworden war habe ich bereits an dieser Stelle betont. Die Erklärung Dupuy's in der Kammer über die jüngsten Unruhen war aber unangenehm; die Radikalen hielten daher in eifriger Stunde die Frage der geordneten Stellung der geistlichen Orden aus der parlamentarischen Rumpfkammer und versuchten mit ihrer Hilfe Herrn Dupuy die Unterdrückung der Rechte zu entziehen. Der Ministerpräsident lehnte die Debatte mit der Begründung ab, daß dieselbe nicht aus sachlichen Interessen, sondern nur zur Umflöschung des Vertrauensvotums der Vorparlament angelegt werde. Da schmolz seine Weisheit schon beinahe zusammen und ließ nach der Eichtung der Stimmglocken erkennen, daß viele seiner Freunde ihn verlassen hatten, und daß er seinen Sieg nur den Stimmen der Rechten verdankte. Dieser Vorfall nahm Herr Peytral, der Finanzminister, zum Anlaß, am sich zum Herrn der Situation aufzuwerfen. Er reichte in später Stunde seine Entlassung ein. Nun ist gerade vielleicht das unentbehrliche Mitglied des gegenwärtigen Ministeriums. Bevor zur Auflösung der Kammer geschritten werden kann, muß das von ihm entworfene und bisher vertretene Budget erledigt werden. Wo findet sich der Mann, der in allerletzter Minute das Werk da aufnimmt, wo Herr Peytral es weggeworfen hat? Und ging Peytral, so könnten die übrigen radikalen Minister nicht weniger radikal sein als ihr feindseliger Kollege.

Die Gefahr für das Kabinett Dupuy war daher eine große, und es macht der Ueberredungsgabe der Herren Carnot und Dupuy alle Ehre, daß es ihnen vereinten Bemühungen gelang ist, Herrn Peytral zum Bleiben zu veranlassen. Der Preis, der für diese Sinnesänderung bezahlt wurde, war Herr Koe. Es ist vielleicht gut, daß Paris einen neuen Polizeipräsidenten erhält. Die jüngsten Ereignisse haben bewiesen, daß die Pariser Polizei von Grund aus neu organisiert werden muß, soll sie ihrer Aufgabe genügen. Die Zustände in den unteren Beamtenklassen ist eine so gefährliche für die öffentliche Sicherheit geworden, wenn aber schon einmal gründlich ausgeräumt werden muß, so wird ein neuer Mann an der Spitze besser arbeiten können als der Mann, unter dessen Augen sich die Mißstände entwickelt hatten. Das zweite Zugeständnis, das Herrn Peytral gemacht wurde, steht ebenfalls außer Zweifel. Herr Dupuy hat versprochen, daß noch vor der Auflösung der Kammer ein neues Gesetz, das die Frage der geistlichen Orden zum hundertsten Mal auszubringen. Das ist die beliebte Klippe, auf der Clemenceau, der „Ministerdöner“, während seiner Glanzzeit so manches Kabinett aufgehen ließ. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten pflegten alsdann der Rechten zu roth, der äußersten Linken aber zu schwarz sein, und

die Kombination der beiden extremen Flügel bezweckte schließlich das Schicksal der Gemäßigten. Die Radikalen führten denselben Plan im Schilde, aber es ist kaum anzunehmen, daß die Ausführung ihnen diesmal gelingen wird. Die Kammer steht zu nahe vor ihrem Ende; ein Kabinetwechsel wäre jetzt, wo alle Abgeordneten schon ihre Wahlkampagne im Kopf haben, eine unangenehme Sache. Und wer würde Dupuy ersetzen? Man rechnet lieber mit einem Uebel, das man kennt, als mit dem Ungeheuer. Aber in Paris ist man nie vor Ueberraschungen sicher, und deshalb thut man gut daran, sich im Kalender zu vermerken, daß das Kabinett Dupuy noch einen „kritischen Tag“ zu überleben hat, bevor es an die Kewwahlen gehen kann.

Paris, 11. Juli. Es wird bestätigt, daß die legislativen Wahlen in Frankreich auf den 20. August festgesetzt sind.

Der Präsident des Departements Seine et Oise, Repine, ist zum Polizeipräsidenten von Paris ernannt worden.

In der Deputirtenkammer begründete bei Beratung des Budgets Lebet (radikal) seinen Antrag betreffend die Einkommensteuer und erinnerte den Finanzminister Peytral an seine Versprechungen. Peytral erklärte darauf, er für seine Person stimme im Prinzip einer Einkommensteuer zu, aber es sei gegenwärtig unmöglich, über diese Steuer in eine Beratung einzutreten. Die Debatte des Budgets Lebet wurde alsdann mit 270 gegen 237 Stimmen bis nach Beratung über das Budget vertagt.

Paris, 11. Juli. In der Deputirtenkammer sind sieben neue Kredite für die Okkupation von Dahomey in Höhe von sieben Millionen franks verlangt worden. Nach der Begründung dieser Vorlage hat es mit der Paffizilation Dahomey noch gute Wege. Vielmehr ist der Sieger des Königs Behanzin, General Dodo, wie in den Motiven hervorgehoben wird, der Ansicht, daß der gegenwärtige Effektivbestand der französischen Expeditionstruppen aufrechterhalten werden muß bis zu dem „nächsten (?) Tage, wo die letzten Spuren der Macht des Königs Behanzin verschwunden sein werden“. In diesem Zusammenhang darf daran erinnert werden, daß der französische Regierung nahe stehenden Organe seit geraumer Zeit versichert, die Macht des Königs von Dahomey wäre vollständig gebrochen, während namentlich zu diesem Zweck sieben Millionen franks gefordert werden. Wenn das in Aussicht genommene Ergebnis erzielt ist, sollen nach dem vom „Temps“ mitgetheilten Motiven der Vorlage Maßregeln getroffen werden, um die militärische Okkupation einzuschränken und die wirtschaftliche Entwicklung der der französischen Herrschaft unterworfenen Gebiete zu sichern. Als das zu erreichende Ziel wird insbesondere die Verbesserung der Kommunikationslinien, der Aufschwung beider, den Handel und Industrie in jenen „reichen Gegenden“ nehmen sollen.

Italien.

Rom, 11. Juli. Die Unteruchung im Prozeß Tanlongo wurde gestern geschlossen. Gegen Tanlongo Vater und Sohn, Cesar und Michel Cazarano de Zerbi, sowie mehrere Angeklagte der Bank wird Auflage erhoben.

Spanien und Portugal.

Die in Spanien kürzlich durch königliches Dekret erfolgte Vertagung der Armeeformprojekte bedeutet, wie von unrichtigster Seite hervorgehoben wird, durchaus nicht ein völliges Fallentlassen dieser Projekte. Man habe sich, wie in Regierungskreisen betont wird, zu diesem Vorzuge nur zu dem Zwecke entschlossen, daß die Budgetdebatte, deren Abschluß man damals noch für den anfänglich festgesetzten Zeitpunkt erwartete, thatsächlich bis dahin erledigt werden könne. Zu einer Inkraftsetzung der erwähnten Projekte mittelst königlicher Dekrete habe der Kriegsminister, obgleich er formell hieru berechtigt gewesen wäre, aus konstitutionellen Rücksichten nicht gegoffen.

Madrid, 11. Juli. Die karlistischen Abgeordneten drohen mit Widerstand, wenn die Steuererhöhung Navarras nicht abgeändert wird.

Großbritannien und Irland.

London, 10. Juli. Ein Briefstück in der Guildhall zu Ehren des Königs und der Königin von Dänemark brachte die Hochzeitswoche zum Abschluß. Der König ist der Vater der ewig jugendlichen Prinzessin von Wales, die einst des englischen Königtums schenker Schatz sein wird; er ist zugleich der Großvater des Herzogs von York, des Heben der abgelaufenen Hochzeitswoche. Es war daher ein Gebot des Patriotismus, daß die City, welche in ihrer Art das Gefühl des englischen Volkes vertritt, ihn zu einem Festmahle einlad. Der Empfang fand im Bibliotheks-Saal statt. Der Lord Mayor kam dort mit den Citymitgliedern in schimmernder Amtstracht und ließ dem König eine Willkomm-Adresse verlesen, worin der Hauptnachdruck auf die jahrhundertlangen Beziehungen beider Nationen gelegt wurde, die in der glücklichen Verbindung von Dänemarks schönster Tochter mit dem Erben des britischen Thrones gipfelte. Der König bemerkte in seiner Antwort, daß er als junger Mann der Krönung der Königin beigewohnt und daß seine Gedanken von dem Augenblicke, da er seine Tochter nach der englischen Heimath geleitet, stets hier geweilt hätten. An den Empfang schloß sich in der großen Halle das Frühstück, zu welchem siebenhundert Gäste gelad waren. Die Nachbarn saßen in der ersten Reihe; das größte Interesse erregte die englische Uniformen des Dänemarks, dessen lange rothe Kofahelbman-Uniform ihn schon äußerlich auszeichnete. Der Zarowitsch verlas seine Rede von einem den Stempel „Marborough House“ tragenden Schreibbogen, mit kräftiger Stimme, aber etwas fremdenartigem Akcent. Der Prinz von Wales kam auf ihn in seiner Rede mit den Worten zurück: „Ich hoffe, daß mein geliebter Neffe, der Zarowitsch, alle Uebungen nach Hause mitzunehmen.“ Abends wohnten die kaiserlichen Herrschaften der Vorstellung der „Eugenotten“ in der italienischen Oper bei.

London, 10. Juli. Der wenigen Tagen ist das Kate Marsden nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika abgereist und die von Conneren Wälder benutzte Gelegenheit, um dieser anspruchslosen wirklich herrlichen jungen Frau, welche ohne jede Reklame fern von aller bewohnten Welt Wunder der Energie, der In-

